



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bruchhausen, Karl v.: Werden die Sozialdemokraten marschieren?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Werden die Sozialdemokraten marschieren?

Eine zeitgemäße Untersuchung von Karl v. Bruchhausen

Einleitung



Bei dem starken Anwachsen der sozialdemokratischen Partei, von dem wir hoffen, daß es seinen Höhepunkt erreicht hat, ist die Frage, wie sich im Kriegsfall die dieser Partei angehörenden Wehrpflichtigen verhalten werden, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Sozialdemokraten wissen sehr gut, was eine Störung der Mobilmachung für Folgen haben kann, und von unsern Nachbarn wissen es die, mit denen wir einmal mit der Waffe in der Hand aneinander geraten könnten, ebensogut. Wären die Sozialdemokraten in der Zahl, in der sie sich heute unter den aktiven Soldaten und den Wehrleuten finden dürften, ernstlich gewillt, nicht zu marschieren und die daraus unvermeidlich für sie entstehenden Folgen auf sich zu nehmen, so bedeutete das nicht gerade eine Lähmung, wohl aber eine ernste Störung der Mobilmachung und eine Schwächung unsrer Kampfmittel, die von den lieben Nachbarn bei der Abschätzung des Deutschland zu zollenden Respekts sicherlich mit in Rechnung gestellt würde. Insoweit zieht eine zweideutige Haltung der Sozialdemokraten eine Steigerung der Kriegsgefahr nach sich.

Harmlose Gemüter werden nun voll befriedigt auf die Erklärungen Bebels im Reichstage hinweisen und triumphierend sagen: Es hat sich im Programm der Sozialdemokratie ein Umschwung vollzogen; sie „mausert“ sich weiter und weiter bis zu einer in Wahrheit staatserschaltenden Partei. Bebel sagte am 14. April dieses Jahres im Reichstage: „Wir Sozialdemokraten mögen andre Ansichten über nationale Ehre und Würde haben. Aber wir werden niemals zugeben, daß auch nur ein Plätzchen deutscher Erde uns verloren geht. Diese Erklärung, die ich vor wenig Wochen hier abgab, hat damals großes Aufsehen erregt. Aber ich habe ähnliche Äußerungen bereits in den achtziger Jahren getan.“

Das ist, wie im folgenden gezeigt werden wird, auch für die Zeit nach den achtziger Jahren zutreffend, und es zeugt nur von dem kurzen Gedächtnis der zeitungslesenden Mitwelt, daß man das vergessen und kurzerhand das

Gegenteil angenommen hat. Aber diese Bergeflüchen sind in guter Gesellschaft, denn von der angeführten, „nun schon zum zweitenmal abgegebenen“ Erklärung nahm auch der Reichskanzler als von etwas Neuem Notiz. Nein, neu waren solche Äußerungen aus Bebel's und auch aus Liebknecht's Munde keineswegs. Der Beweis dafür wird im nächsten Abschnitt erbracht werden: ich habe zu dem Zwecke das Material von dem Beginn der neunziger Jahre an, also fast durch drei Lustra, durchgesehen.

Bei den Erörterungen, die ich an einen Teil dieses Materials knüpfte, kommt es mir nicht darauf an, einen Gegenbeweis gegen die einzelnen sozialdemokratischen Irrlehren zu liefern, wengleich ich manchmal eine gewisse Zurückweisung und Abwehr nicht vermeiden konnte. Mein Ziel war wesentlich eine Wiederherstellung des wahren Bildes von dem, was die Sozialdemokraten über die Heeresfrage im Kriege denken, eines Bildes, das sich in manchen sonst ganz klugen Köpfen zu verschieben beginnt. Zugleich auch möchte ich den „roten“ Herren ein Spiegelbild, ein Sündenregister vorhalten. Auf die übliche Verunglimpfung bin ich gefaßt.

Es ist gesagt worden, die Reden der sozialdemokratischen Führer gäben ihre wahre Ansicht nicht wieder. Diese Meinung teile ich vollkommen. Aber wonach soll man die Führer beurteilen, wenn nicht nach ihren Äußerungen coram publico? Man muß ihre Worte nur unter die kritische Sonde nehmen, sich durch allerlei schöne Versicherungen nicht blenden lassen und ihre Glaubwürdigkeit an den Grundsätzen und den Grundlehren der Partei abmessen. Man darf auch nicht vergessen, daß die Führer der Sozialdemokraten bei der Zwangslage, in der die Partei tatsächlich der Regierung gegenüber ist, häufig genug dem Spruche huldigen, daß die Worte erfunden sind, um die Gedanken zu verbergen. Ja, wenn sie frei reden dürften! In der Folge werden ein paar sehr lehrreiche Bekenntnisse über diesen Punkt geboten werden.

1. Äußerungen der Führer über die Kriegswilligkeit der Partei

Auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Erfurt (Oktober 1891) ließ sich Liebknecht vernehmen, wie folgt: „Wildberger bemerkte, ich habe im Reichstage gesagt, wenn das deutsche Vaterland von einem auswärtigen Feinde angegriffen werden sollte, dann würden auch die Sozialdemokraten die Flinte ergreifen und ihre Pflicht tun, um den Angreifer aus dem Lande zu jagen. Selbstverständlich werden wir das tun.“

Im Oktober 1902 ließ sich Bebel von Jules Huret vom „Figaro“ ausfragen:

„Werden die deutschen Sozialisten im Kriegsfall gegen die französischen kämpfen?“

Ganz gewiß!

Wo bleiben da aber Ihre Theorien vom Internationalismus?

Wir sind keine Patrioten, nichts weniger als das. Und wenn wir eines Tages gegen Frankreich oder Rußland ins Feld ziehn, so tun wir es, weil wir dazu gezwungen sind. Weigern wir uns Folge zu leisten, so schießt man uns nieder. Müßten wir nicht mitziehen, so hätten wir inzwischen Ge-

legenheit, die übrige Gesellschaft umzugestalten. So weit sind wir aber leider noch nicht.

Also . . . wenn nun doch Krieg ausbräche und Sie an der Landesgrenze sich Herrn Guesde gegenüber befänden, würden Sie schießen?

Ich denke, dazu wird es nicht kommen. Wir sind wohl beide zu alt, um . . .

Aber gesetzt den Fall, es käme dazu?

Nun, so würde ich schießen. Das wäre zwar ein Unglück, aber gleichviel . . . wie gesagt, ich wäre dazu gezwungen!"

Die vorstehenden Auslassungen sind besonders lehrreich, weil sich der in diesem Punkte immer vorsichtige Bebel an andern Stellen wesentlich verschlossener ausgedrückt hat. Im Reichstage sagte er am 4. Mai 1893, ganz ähnlich wie vor kurzem wieder: „Aber wenn auswärtige Feinde Deutschland angreifen und einen Teil seines Gebiets zu erobern versuchen sollten, so würden auch wir Sozialdemokraten das nicht dulden. Denn nur wenn Deutschland in seinem vollen Umfang erhalten wird, ist es ihm möglich, seine Kulturaufgabe zu erfüllen.“

Schöne Worte, und im Grunde genommen dieselben, die Bebel auch im vergangenen März im deutschen Reichstage sprach. Wenigstens beim Verteidigungskriege behaupten die Sozialdemokraten also zum Mittum bereit zu sein. Das wäre schon etwas, und wenn diese Erklärungen wirklich die Herzensmeinung der Genossen wiedergäben, so könnte man ihnen zwar eine überaus engherzig beschränkte Auffassung des Gedankens der Landesverteidigung zum Vorwurf machen, aber man würde nicht berechtigt sein, von ihnen als von einer „Kotte Menschen zu reden, die nicht wert seien, den Namen Deutscher zu tragen.“

Es ist wesentlich der Zweck dieser Erörterungen, mit Benutzung von weiterem Material zu untersuchen, ob die Sozialdemokraten es mit solchen Äußerungen ehrlich meinen, oder ob sie aus opportunistischen Gründen, in „jesuitischer“ Weise, gegen ihre innere Meinung reden; mit einem Worte, ob sie unter besonderen Verhältnissen wirklich marschieren und ob sie dies bereitwillig oder nur notgedrungen tun werden. Dabei drängen sich die folgenden Fragen auf: Sind — unter der vorläufigen Annahme, daß es den Führern mit den abgegebenen Erklärungen ernst sei — die Sozialdemokraten nur für gewisse Kriegsorten und gegen gewisse Gegner zu haben? Und ferner: Dürfen wir den mitgeteilten Erklärungen Glauben schenken?

Zur Beantwortung der letzten Frage wird es nötig, die Stellung der Sozialdemokraten zu dem Kriege, dem Vaterland und dem obersten Kriegsherrn ins Auge zu fassen und uns weiter zu fragen, ob ihre große Masse hinter den Führern steht. Auch bleibt zu erörtern, was der sozialdemokratische Soldat an sich wert ist.

2. Unter welchen Bedingungen wollen die Sozialdemokraten marschieren?

In bezug auf diese Frage ist beachtenswert, daß bei allen Äußerungen der sozialistischen Führer ein Hauptnachdruck auf das Wort „Verteidigungskrieg“ gelegt wird. Nur den wollen sie — nach außen hin wenigstens —

gelten lassen. Es liegt auf der Hand, daß diese scheinbar loyale Erklärung zu allerhand illoyalen Versteckunststücken die Gelegenheit bietet. Wie leicht ist es, einem Verteidigungskriege diese Bedeutung abzustreiten, zumal wenn das eigne Herz dazu drängt! Dafür liefert die Kriegsgeschichte einen vollgiltigen Beweis. Den Diplomaten und den Historikern einer kriegsführenden Nation ist noch immer gelungen, diese davon zu überzeugen, daß der Krieg ein aufgezwingener, ein Verteidigungskrieg gewesen sei. Man denke nur an das neueste Beispiel: Rußland und Japan. Nun gar erst, wenn man die Dinge durch die sozialistische Brille ansieht! Man erinnere sich, daß Sozialistenführer den Krieg 1870/71 — ich komme auf diesen Punkt unter Angabe der Belegstelle noch zurück — als „dynastischen“ und als „Eroberungskrieg“ bezeichnet haben. So darf man denn von der Sozialdemokratie im Falle eines ihr unangenehmen Krieges das Seltsamste an Auslegungskünsten erwarten.

Und dann weiß jeder Soldat, daß ein Verteidigungskrieg am besten offensiv, d. h. durch Hineintragen in Feindesland, geführt wird. Militärische wie wirtschaftliche Fragen sprechen dafür, und zwar in so klarer Weise, daß man schon ein blinder Sozialdemokrat sein müßte, wenn man das nicht einsehen wollte. Ein ganz Blinder war der Agitator, der es in einer Wahlrede 1893 für „inhuman“ erklärte, so zu verfahren. Ein vereinzelter Genosse hat einmal eine andre Meinung geäußert und damit zugleich die Antwort auf solchen heillosen Wahnsinn gegeben. Schippel war es, der auf dem Parteitage zu Hannover im Oktober 1899, fast niedergeheult von den Genossen, die Notwendigkeit anerkannte, ein Heer zu haben, das auch im Verteidigungskriege den Kriegsschauplatz auf das feindliche Gebiet zu verlegen vermöge. Genauer über Schippels Auftreten 1897 und 1899 ist im 7. Abschnitt dieses Aufsatzes zu finden. Ein Wunder, daß man den mutigen Mann damals nicht gleich „fliegen“ ließ. Nur in bezug auf einen einzigen Staat sind die Sozialdemokraten — und das ist sehr bezeichnend für den Mangel an Folgerichtigkeit in ihrem Denken — für den Krieg sans phrase: in bezug auf Rußland nämlich, das tief gehaßte Zarenreich.

Als im Herbst 1891 eine gewisse Spannung zwischen Deutschland und Rußland bestand, erklärten die damals maßgebendsten beiden Blätter der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“ und die „Volkstribüne,“ übereinstimmend: auch ihre Partei müsse Rußland als Feind betrachten, und deshalb könne von einer Waffenenthaltung im Falle eines Krieges mit Rußland gar keine Rede sein. Von der Volkstribüne meinte Bollmar auf dem Erfurter Parteitage (Oktober 1891), daß sie geradezu den Krieg gegen Rußland predige. Überhaupt sei von Bebel verkehrt gehandelt worden, als er einen „letzten“ Abrechnungskrieg — als Vorläufer des ewigen Friedens! — in Aussicht gestellt habe. Bei einem Kriege werde der nationale Gedanke zum Nachteil der Sozialdemokratie nur frisch aufflammen. Und was die Verweigerung der Mittel für den Heereshaushalt betreffe: Bebel könne doch für einen Krieg wider Rußland die Leute nicht mit Pappstielen ausrüsten wollen. Bebel hatte sich freilich stark genug für den Krieg ins Zeug gelegt. Er hatte erklärt, Rußland sei „der Feind.“ Es sei Pflicht der sozialistischen Partei, mit den politischen Gegnern zusammen-

zugehen, um den Barbaren um jeden Preis zu Boden zu schmettern. (Stürmischer Beifall des Parteitages.)

Man sieht erstens, daß Bebel auch „Schmetter“-Worte nicht fremd sind, und zweitens, daß Bebel's Kriegswilligkeit nicht aus patriotischen Gefühlen, sondern aus der Abwägung von Parteiinteressen herkommt. Dazu auch aus glühendem Haß wider das zarische Rußland! Auf demselben Standpunkte steht Friedrich Engels, wenn er zu Beginn der neunziger Jahre in der „Neuen Zeit“ schrieb, daß, wenn sich Frankreich unter den Zaren stelle, dann auch die deutschen Sozialdemokraten gegen die französischen Sozialisten kämpfen müßten. Nur dann? Nein; auch dann noch, wenn Frankreich „ungereizt“ Deutschland mit Krieg überziehe. Hier treten also die oben schon gekennzeichneten Auslegungskünste, und zwar aus dem eignen kriegs- und staatsfeindlichen Herzen heraus, zutage. Wenn Frankreich einmal losgeschlagen wird, darf man als feststehend annehmen, daß es „gereizt“ war oder sich wenigstens für „gereizt“ ausgibt. Und ein weiterer Rückschluß: Auch im Verteidigungskriege Deutschlands gegen Frankreich kann man also auf die Heeresfolge der Sozialdemokraten, wenn anders sie ihrem Willen nachzuleben in der Lage sind, nur unter Bedingungen oder im Grunde genommen gar nicht rechnen. Überhaupt scheint nach verschiedenen Äußerungen von sozialdemokratischer Seite für den Fall des Ausbruchs eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich die Parole ausgegeben zu sein, erst hübsch abzuwarten, wie der Hase läuft, d. h. nicht zu marschieren, wenn ein „Kriegstreif“ Aussicht auf Erfolg verspricht. So gelangt denn auch in verschiedenen Reden Liebknechts ganz unverhohlen zum Ausdruck, daß man die zur Schau getragene gewisse Bereitwilligkeit zum Kriege auf den heimlichen Hintergedanken zurückführen kann, es werde sich in den Kriegswirren Gelegenheit zu allerlei kleinen und großen Butschen finden.

Es ist nicht wunderbar, daß der kriegs- und der vergeltungslustige Teil Frankreichs auf die Haltung unsrer Dreimillionenpartei starke Hoffnungen setzt. Die Franzosen sind überzeugt, daß der „Wurm der sozialen Revolution“ Deutschlands Wehrkraft zugrunde richten werde. Man sollte eigentlich annehmen, daß die französischen Sozialisten ihre Pappenheimer kennen. Als am 20. Februar 1897 der Minister des Innern Barthou in der Deputiertenkammer erklärte, die deutschen Sozialdemokraten würden im Falle eines Krieges mit Frankreich „ihre Vaterlandsliebe über ihre Theorien siegen lassen“ und in den ersten Reihen mitkämpfen, erhob sich ein starker Widerspruch unter den „Genossen“, der in heftigen Tumult ausartete; zwei von ihnen, darunter Jaurès, mußten wegen ihrer maßlosen Worte zur Ordnung gerufen werden.

Es dürften aber die Franzosen denn doch über die Heeresfolge der deutschen Sozialdemokraten eine ebenso starke Enttäuschung erleben, wie sie 1870 Napoleon der Dritte über Süddeutschland erlebte; aber nicht, weil überraschend ein starkes Deutschgefühl zum Durchbruch kommen würde, sondern weil die Sozialdemokraten Gott sei Dank heute noch — und vermutlich noch eine gute Weile — in der Furcht des Herrn leben. Ist „der Wille“ auch nichts weniger als löblich, so heißt es hier doch: desunt vires! Davon wird noch in einem spätern Abschnitt die Rede sein. Aber es liegt auf der Hand, daß die Haltung der

deutschen Sozialdemokratie, da sie nun einmal von unsern westlichen Nachbarn so gedeutet wird, eine schwere Gefahr für den Frieden in sich birgt. Die Sozialdemokraten, die mit dem „ewigen Frieden“ liebäugeln oder ihn auch offen auf ihr Programm setzen, rücken in ihrer frivolten Haltung die Kriegsmöglichkeit näher. Man könnte sie den Goethischen Vers abändernd bezeichnen als ein Teil der Kraft,

Die mal was Gutes will
Und stets das Böse schafft.

3. Sozialdemokraten und Krieg

Es mag unlogisch erscheinen, erst zu erörtern, gegen wen und unter welchen Bedingungen die Sozialdemokraten für den Krieg zu haben seien, und dann erst zu ihrer Stellung zum Kriegsgedanken im allgemeinen überzugehen. Nun, diese Stoffanordnung entspricht durchaus der in der Sozialdemokratie herrschenden Unsicherheit und Unklarheit. Sie wollen angeblich im Verteidigungskrieg mitwirken, sie wollen den Krieg bis aufs Messer gegen Rußland, aber sie wollen auch — überhaupt keinen männermordenden Krieg. Sie sind grundsätzlich für das Phantom des „ewigen Friedens“ und würden doch — geschichtlichen Vorbildern nach zu urteilen — die ungerechtesten, leichtfertigsten, launenhaftesten Kriege führen, wenn sie das Heft in Händen hätten! Da aber vorderhand der „ewige Frieden“ für alle Sozialisten das Ideal ist, da Kriege nach ihrer Theorie nur im Interesse des Kapitals angezettelt werden, und glückliche Kriege die Staatsgewalt stärken, so müssen sie natürlich trotz allen schönen Erklärungen auf Mittel finnen, sich der Mitwirkung bei einem Kriege zu entziehen. Über diesen Punkt liegen recht interessante Äußerungen vor.

Auf dem internationalen Arbeiterkongreß zu Brüssel (im August 1891) stellte ein belgischer Abgeordneter den Antrag, zu beschließen: daß unter den Wehrpflichtigen aller Länder sozialdemokratische Organisationen einzuführen seien, mit dem ausgesprochenen Zweck, die Wehrpflichtigen zu bestimmen, sich den Befehlen im Kriegsfall zu widersetzen. Ein anderer Antrag lautete, daß beim Kriegsausbruch ein Weltstreik, verbunden mit bewaffneter Erhebung aller Arbeiter, verkündet werden solle. Diese schönen Anträge wurden, nicht zum geringsten durch das Auftreten der deutschen Sozialistenführer, als zurzeit nicht durchführbar — wohlgerne unter dieser ausdrücklichen Begründung — abgelehnt. Warum? Weil die französischen Arbeitervertreter mit verbissenem Trotz erklärten: sie hätten die strikte Weisung, die Erörterung militärischer Fragen auf dem Kongreß fernzuhalten.

Woher nun die „opportunistische“ Haltung der allezeit mit ihrem offenen Wort prahlenden deutschen Sozialdemokraten? Liebknecht ließ keinen Zweifel darüber. Er bezeichnete den Steller des ersten Antrags, den Holländer Domela Nieuwenhuis, als in einem großen Irrtum befangen, seinen Antrag als „eine Phrase ohne Sinn.“ Ungehorsam gegen den Befehl zu marschieren werde nicht mit Gefängnis, sondern rücksichtslos mit Erschießen bestraft. (Großer Tumult der Versammelten.) Man kann daraus den Schluß ziehen, daß der Rat ganz anders ausgefallen sein würde, wenn diese Gefahr nicht vorläge.

Nicht minder lehrreich sind die Vorgänge auf dem im August 1893 abgehaltenen internationalen Arbeiterkongreß. Wieder zeigten sich die holländischen — also der Kriegsgefahr überaus wenig ausgefegten — Abgeordneten als die radikalsten. Sie stellten in der Militärkommission, der auch Singer angehörte, einen Antrag, wonach sich die internationale Arbeiterpartei bereit halten sollte, jede Kriegserklärung durch Arbeitseinstellung und Verweigerung der militärischen Gstellung zu beantworten. Mit andern Worten: es sollte im Kriegsfall der „Kriegsstreik“ verkündet werden. Den deutschen Arbeitervertretern erschien das wieder allzu gefährlich. Liebknecht erklärte: Wir wollen die Arbeiter nicht dem Moloch des Militarismus ausliefern. Das würden wir tun, wenn wir sie aufforderten, beim Ausbruch eines Krieges den Gehorsam zu verweigern. So brachten die deutschen Vertreter denn eine weitschweifige, etwas dunkel gehaltne Resolution durch, in der es zu Anfang heißt: „Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluß des Brüsseler Kongresses scharf bezeichnet.“ Mit andern Worten: es kam auf eine platonische Erklärung gegen stehende Heere und den Krieg heraus.

In wie engen Grenzen sich die Begriffe der Sozialdemokraten über Krieg halten, geht aus einer Rede hervor, die der Abgeordnete Wurm am 31. Juli 1896 auf dem internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß zu London hielt. Nach ihm zetteln die kapitalistischen Parteien Kriege nur an zur Förderung ihrer persönlichen Interessen: der Redner macht hier aus einem — gewiß denkbaren — Kriege aus wirtschaftlichen Interessen, bei dem die Wohlfahrt der arbeitenden Klasse stark mitspielt, einen kapitalistischen! Und dann tut er, als ob diese Art von Kriegen die einzige auf der Welt sei! Weiter wirft er den vielgehaßten kapitalistischen Parteien (auch ein nebelhaft verschwommener Begriff!) vor, sie ließen ohne Scheu das Blut der Arbeiter für ihre Zwecke auf den Schlachtfeldern fließen. Bluten etwa die Sprößlinge dieser „kapitalistischen“ Parteien nicht mit?

Nun aber die Nutzanwendung des Abgeordneten Wurm: „Die arbeitende Klasse aller Länder hat daher die Aufgabe, dieser Vergewaltigung durch die Kriege entgegenzutreten . . . Die stehenden Heere . . . vermehren nicht nur die Gefahr kriegerischer Zusammenstöße zwischen den Nationen, sondern dienen gleichzeitig zur immer brutaler werdenden Unterdrückung der Arbeiter aller Länder.“

Darüber, daß die stehenden Heere zur „immer brutaler werdenden“ Unterdrückung der Arbeiter dienen sollen — ein Ausspruch, den auch Liebknecht einmal tat, und der zum eisernen Bestande der Parteiphrasen gehört —, kann ich glatt hinwegsehen. Solange der Arbeiter die gesetzlich bestehende Ordnung im Reiche nicht stört, geschieht ihm von keinem Soldaten etwas. Gegen eine etwaige Änderung der Arbeiterverhältnisse auf gesetzlichem Wege, herbeigeführt durch parlamentarische Mehrheiten, hat niemand etwas einzuwenden; gegen Versuche gewaltsamen Umsturzes werden selbstverständlich — die Bajonette gebraucht. Was dann die Behauptung anlangt, daß die stehenden Heere „nur die Gefahr kriegerischer Zusammenstöße zwischen den Nationen vermehren,“ so weiß jeder Geschichtskundige, daß der viel angeführte Satz *Si vis pacem, para bellum*

nichts weniger als eine leere Phrase ist. Wo ist denn der Friede während des letzten Menschenalters glücklich erhalten geblieben, wo wird er in der gegenwärtigen, konfliktisch-wangern Zeit besser gehütet als im waffenstarrenden Europa?

Der Abgeordnete Wurm will die stehenden Heere abgeschafft und dafür die wirkliche Volksbewaffnung eingeführt sehen; eine Miliz etwa nach Schweizer Muster. Nun, mit unsern „stehenden Heeren“ werden keine Kriege geführt; das ist ihrer ganzen innern Einrichtung nach ganz unmöglich. Sie sind nur das Gerippe für das längst vorhandne „Volk in Waffen,“ und so könnte man von der Wehrordnung auf Grund allgemeiner Dienstpflicht als von einem „Milizsystem“ sprechen; nur daß die Ausbildungszeit in unsern angeblich stehenden Heeren — der Ausdruck erweckt eben eine falsche Vorstellung — etwas länger dauert, und zwar nur so lange, wie unerläßlich nötig erscheint, die waffenfähige Jugend nicht nur im Gebrauch der Waffen äußerlich zu unterweisen, sondern sie innerlich zu Soldaten zu erziehen. Die Erziehung soll fast zwei Jahrzehnte lang vorhalten. Im übrigen verfüge ich über zahlreiche Unzufriedenheitsäußerungen von Sozialisten über das, was das Heerwesen anbetrifft, sozialdemokratische Musterländlein. Auch in der „freien Schweiz“ begehren die Genossen gegen den überhand nehmenden Militarismus auf.

Um mit noch zwei Proben diesen Abschnitt zu beschließen, sei zunächst mitgeteilt, was Liebknecht im Jahre 1893 einem eigens von Paris abgeordneten Ausfrager des „Germinal“ erklärte: er fürchte den Krieg nicht und sei auch sicher, daß der Angreifer geschlagen werde. Ganz augenfällig hat er mit „dem Angreifer“ Deutschland gemeint; ja es leuchtet eine gewisse Schadenfreude über die voraussichtliche Niederlage seines Vaterlandes durch. Seines Vaterlandes? Nun, ein Mensch, der so spricht, hat kein Vaterland und ist auch nicht wert, eins zu haben.

Die zweite Probe, die die Stellung der Sozialdemokraten zum Kriegsgedanken besonders kennzeichnet, ist einem Flugblatt der Hamburger Sozialdemokraten zum 1. Mai 1904 entnommen. Es heißt dort:

„Das Recht kann niemals durch die brutale Gewalt entschieden werden. Der Krieg ist also kein geeignetes Mittel, um Recht zu schaffen.

Unsre Demonstration am 1. Mai gilt einem flammenden Protest:

Gegen den Krieg!

Für den Völkfrieden!

Das ist unsre Losung vom Maifesttage. Millionenstimmig lassen wir den Ruf erschallen: »Die Waffen nieder!«

Nicht in blutigen Kämpfen soll die Menschheit sich befehden, sondern im friedlichen Wettkampf fleißiger und nutzbringender Arbeit ein immer höheres Kultur-niveau für alle schaffen.

Die Barbarei des Krieges ist unwürdig der zivilisierten Menschheit!

Wir sehen gegenwärtig wieder, wie fern in Ostasien der Kampf zweier Nationen tobt, wie kulturverwüstend dieser Kampf wirkt, wie barbarisch die Kampfmittel sind, die dabei in Anwendung kommen.

Was der Fleiß von Millionen Händen in jahrelanger mühsamer Arbeit geschaffen, wird in wenigen Minuten durch die mörderischen Vernichtungswerkzeuge der modernen »Kriegskunst« wieder zerstört.

Die zivilisierten Nationen haben die heilige Pflicht, einer solchen kultur-schänderischen Barbarei ein Ende zu machen.

Aber die Interessen der herrschenden Klassen sind aufs engste verknüpft mit der kulturwidrigen Kriegsinstitution. Deshalb muß das gesamte Volk einmütig dafür eintreten, daß die Barbarei des Krieges ausgerottet wird, daß an Stelle der Gewalt das Recht tritt, daß Streitigkeiten zwischen den Nationen nicht mehr durch die Gewalt der Waffen, sondern durch »Schiedsgerichte« entschieden werden, die dem Recht zum Siege verhelfen.“

4. Mit Gott für König und Vaterland

Wie die Sozialdemokraten zu Gott stehn, das will ich hier unerörtert lassen. Nur mit „Intelligenz“ und gutem Schießen schlägt man den Feind nicht. Es sind, wie in einem spätern Abschnitte näher ausgeführt werden wird, Hingebung an das Ganze und Aufopferungsfähigkeit, mit einem Worte: es sind ideale Eigenschaften vonnöten. Und deshalb glaube ich, daß der sozialdemokratische Soldat, mag er sich — durch Klugheit geleitet — im Frieden noch so tüchtig erweisen, im Kriege versagen wird. Und ich danke im Kriege für einen Soldaten, dem der unbedingte Gehorsam nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist, dem der innere Trieb fehlt, für König und Vaterland sein Blut zu opfern. Wie aber stehn denn die Sozialdemokraten zu ihrem Könige? Es würde weit über den Rahmen dieser Artikel gehn, wenn ich hier auch nur einen Teil der überreichlich vorhandenen Beweismittel wiedergeben wollte. Außerdem würde das an Majestätsbeleidigung streifen. Der Ausdruck „Königstreue“ findet sich nicht im Wörterschatz des Sozialdemokraten, denn er ist revolutionär durch und durch. Und da es keine Königstreue für ihn gibt, weiß er natürlich auch nichts von Treue gegen den obersten Kriegsherrn. Der Fahneneid ist ihm eine leere Formel: wenn er im Kriegsfalle marschiert, so tut er es sicher nicht, weil er sich im Gewissen gebunden fühlt. Wohl mag die kraftvolle Persönlichkeit unsers Kaisers den einen oder den andern Sozialdemokraten im innersten Herzen zur Bewunderung zwingen, aber dann wird er es ganz sicher nicht sagen; die große Mehrheit haßt ihn sicherlich, und sie haßt ihn um so glühender, weil sie seine starke Hand fürchtet: die zahlreichen von Sozialdemokraten verübten Majestätsbeleidigungen reden eine gar deutliche Sprache. Wo man den Kaiser ungerecht zu kränken wagen darf, da tut man es mit Gier.

Es ist nicht immer genau ebenso gewesen. Dafür einen interessanten Beleg. Als im Jahre 1890 das Sozialistengesetz — unerneuert — abgelaufen und dem von den Genossen bitter gehaßten Fürsten Bismarck die Zügel aus der Hand genommen waren, da schien es den Sozialdemokraten „eine Lust, zu leben.“ Damals redete Bebel im Reichstage von „Sr. Majestät dem Kaiser“; jetzt heißt es — auch in der sozialistischen Presse — oft in beleidigender Form immer nur „Wilhelm II.“ Weder die „Majestät“ noch den Kaisertitel gönnt man ihm mehr. Auch der Revolutionär kann sein Vaterland lieben. Die Geschichte

kennt manche Beispiele dieser Art. Wie sieht es aber im Sozialdemokraten mit dem Patriotismus oder — um ein deutsches Wort zu gebrauchen — mit der Vaterlandsliebe aus? Mit der Vaterlandsliebe, die auch ihrerseits dazu beiträgt, den Menschen im Kriege opferwillig zu machen? Die Vaterlandsliebe der Sozialdemokraten läßt sich an zweierlei abmessen: an ihrem Verhalten in nationalen Fragen dem Auslande, insbesondrer Frankreich, gegenüber und an ihrem internationalen Charakter. Die sozialdemokratischen Blätter enthalten über diese Punkte beweisende Stellen die Hülle und Fülle; hier sei nur eine bescheidne, aber zur Gewinnung eines Urteils hinlängliche Auslese beigebracht. Zunächst über unpatriotisches Gebaren der Sozialdemokratie.

Jeder redlich denkende Deutsche wird den Krieg 1870/71 als eine große nationale Tat ansehen und sich deshalb mit besonders wehevoller Stimmung im Herzen an die Gedenktage dieses Krieges erinnern. Der Sozialdemokratie sind Erinnerungsfeiern wegen des Krieges, namentlich aber die — leider recht kläglich gewordne — Sedanfeier ein Dorn im Auge. „St. Sedan“ sagen die Genossen spöttisch und begleiten die Veranstaltung der großen Mehrzahl ihrer Mitbürger (wo ist da die Achtung vor dem Mehrheitsprinzip?) mit hämischen und häßlichen Worten. Von *liesse teutonme*, von „Mordspatriotismus“, „brudermörderischem Krieg“ und „Massenmord“ reden sie. Und 1870, als das deutsche Volk mit allen Fibern seines Herzens den nationalen Krieg mitkämpfte, da machten sich Bebel und Liebknecht „parlamentarischen Landesverrats“ schuldig, indem sie die Mittel für die Fortführung des Krieges verweigerten. Am 26. November 1870 sagte Liebknecht im Parlament, die sozialdemokratische Partei habe schon im Juli erklärt, daß sie den Krieg für einen dynastischen ansehe. Und in dem an demselben Tage von den Sozialdemokraten eingebrachten Antrag auf Ablehnung der Kriegsanleihe heißt es: „In Erwägung, daß der Krieg seit dem 4. September nicht ein Verteidigungskrieg, sondern ein Eroberungskrieg ist . . .“ Welche groteske Geschichtsauffassung oder vielmehr — Geschichtsheuchelei, denn die sozialdemokratischen Führer waren viel zu klug, als daß sie nicht das Schiefe und Hohle ihrer Erklärung hätten einsehen sollen. Aber dieses Schiefe und Hohle mußte mit dem Brustton der Überzeugung in die Welt posaunt werden, weil es — aus taktischen Gründen — so in das vaterlandslose, verhetzende Programm der sozialdemokratischen Partei paßte!

Damals redete Liebknecht auch von der „Kaiserposse“, die man gleich nach Sedan wohl habe „anzetteln“ können, und meinte voller Hohn, jetzt sei „dieser Spaß“ verdorben. Und das deutsche Volk stand nicht einmütig auf, um einen solchen Lästler aus seiner Mitte zu vertreiben? Nein, wir Deutschen sind eben — um einmal ein franzmännisches Wort zu gebrauchen — *bons garçons*. Ihre Strafe bekamen die sozialdemokratischen Führer 1870 aber doch. Der nicht an übermäßigem Taktgefühl leidende französische Konsul Lefebvre in Wien sprach damals den Herren brieflich „den Dank der französischen Republik für ihr edles Auftreten“ aus. Ein Lob aus dem Munde dieses Mannes, gegen dessen Landsleute unsre Brüder und Söhne noch in Waffen standen: ich meine, einen ärgern Schandpfahl gibt es für den rechtlich denkenden, vaterlandsliebenden Deutschen nicht.

Und nach dem Kriege? Ein paar Stichworte aus den unpatriotischen Äußerungen von sozialdemokratischer Seite mögen genügen. Die „Chemnitzer freie Presse“ schrieb beim Einzuge der siegreichen Truppen 1871: „Bürger, steck schwarze Fahnen heraus; eine Rotte von Mördern und Mordbrennern hält heute den Einzug.“ Liebknechts „Volksstaat“ nannte damals unsre Feldherren „Gurgelabschneider“ und unsre Soldaten, die Blüte des Volkes, gar „zweibeinige Tiere, die Uniform tragen.“

Ein harter Knochen waren dann für unsre lieben Sozialdemokraten die Jubiläumsjahre 1895/96. In Erinnerung an die Großtaten der deutschen Waffen vor einem Vierteljahrhundert flammte überall der Patriotismus auf und ergriff sogar manchen der Sozialdemokratie schon halb anheim gefallenem Mitkämpfer aus der Geburtszeit des Deutschen Reiches. Gerade deshalb lästerten und logen die sozialdemokratischen Blätter um so erbitterter. Der „Vorwärts“, der in seinen Kalendern als bemerkenswerte Gedenktage auch abscheuliche Blut-taten (sogar die Attentate Höbels und Nobilings!) aufführt, jammerte, daß man den unschuldigen Kindern „Böfewichter“ (gemeint waren unsre Kriegshelden) als Vorbilder vorführe; er erklärte auch, daß Frankreich voll berechtigt sei, sich durch die Feier der Gedenktage des Krieges verletzt zu fühlen. Von dem Geschmack der im Jubiläumsjahre verübten sozialdemokratischen Infamien mögen ein paar Proben aus dem „Süddeutschen Postillon“ zeugen. „Fanatiker*) erklären, der Krieg sei eine ewige Einrichtung. S, du meine liebe Güte! Läufe und Wanzen sind von alters her da, aber man setzt ihnen doch keine Monumente.“ Und ferner: „Man sagt: Der Krieg offenbart die herrlichsten Tugenden des Mannes. — Sowohl, als da sind: Raub, Mord, Totschlag, Notzucht und gänzliche Vertierung.“

Man fühlt trotz allem Zwang zu kühler Ruhe das Blut in die Schläfen emporsteigen, wenn man so die tapfern Männer verunglimpfen sieht, die ihr Leben für Deutschlands Ehre und Einigung eingesetzt haben. Und so etwas durfte auf deutschem Boden gedruckt werden!

(Schluß folgt)



Napoleon der Erste in Dresden 1807

1



er 17. Juli 1807 war ein gewöhnlicher Freitag. Aber die Unruhe, die seit Tagesanbruch in der sächsischen Residenz herrschte, paßte nicht zu der üblichen Werktagsstimmung. Eine Menge müßiger Menschen bewegte sich schon in den frühen Morgenstunden durch die Straßen. Zum Teil waren es Dresdner Bürger und Offiziere. Doch beinahe die Hälfte bestand aus zugereisten Fremden, die die Nacht in einem der vielen Gasthöfe zugebracht hatten. Und der

*) Wird irgendetwas Nichtsozialdemokrat Molke als „Fanatiker“ ansprechen?